
Pressemitteilung

12.07.2011

CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Vockert nimmt A 20-Gegner aufs Korn: „Hafenhinterland-Papier ist kurios und son- derbar“

„Wenig Überzeugungskraft und viele Unrichtigkeiten“ - das hat die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Vockert dem Papier attestiert, mit dem die Gegner der Küstenautobahn nachweisen wollen, dass die A20 für die Hinterlandanbindung der Seehäfen nicht gebraucht wird. Diese „Untersuchung“ war Ende Juni vorgelegt worden: „Ich habe sie gelesen und bestreite nicht, dass die Küstenautobahn-Gegner eine Fleißarbeit erstellt haben“, so Astrid Vockert, die auch die Vorsitzende des Parlamentarischen Beirates des Fördervereins Pro A20 ist.

Trotzdem sei das Papier „inhaltlich auf Sand gebaut“. Denn es unterstelle der Logistik- und Hafenwirtschaft, dass sie keine Ahnung habe oder bewusst die Öffentlichkeit täusche, wenn sie unter anderem die A20 fordere, damit die Seehäfen und nicht zuletzt der künftige Jade Weser Port in Wilhelmshaven wettbewerbsfähig angebunden würden. „Es ist schon sehr kurios und sonderbar, wenn die A 20-Gegner die zahlreichen klaren Bekenntnisse zur Küstenautobahn seitens der Logistik- und Hafenwirtschaft schlichtweg beiseite schieben“, stellt Astrid Vockert fest. Sie erinnert daran, dass erst Ende Mai aus Anlass der 7. Nationalen Maritimen Konferenz in Wilhelmshaven von mehreren Wirtschaftsverbänden, Kammern und Institutionen ein Positionspapier präsentiert wurde, in dem die A20 eine tragende Rolle spielt. Zu den Unterzeichnern gehörten unter anderem Seaports of Niedersachsen, der Unternehmensverband Bremische Häfen und die Wilhelmshavener Hafenwirtschaftsvereinigung.

Astrid Vockert betonte, dass die Küstenautobahn **die** Zukunftstrasse – auch für unsere Region – ist! „Die A 20 ist alternativlos! Sie führt eindeutig zu einer Verbesserung der Verkehrsbeziehungen – sowohl national als auch international. Gerade für die Hinterlandsanbindung der Seehäfen ist sie unverzichtbar. Die Planung der A 20 wird wie bisher transparent und für jeden nachvollziehbar im Internet zu verfolgen sein. Ein solch offenes Planungsverfahren gab es noch nie.“